



„40 Euro mehr pro Jahr für Haushalte sind Panikmache“

Skudelny zur Entlastung energieintensiver Unternehmen

(pm) Die Behauptung, Privathaushalte müssten 40 Euro Stromkosten mehr bezahlen, während gleichzeitig energieintensive Unternehmen entlastet werden, ist für die Nürtinger FDP-Abgeordnete Judith Skudelny nicht verständlich, wie sie in einer Pressemitteilung schreibt: „Die Zahlen sind für Menschen, die sich mit der Materie beschäftigen, nicht nachvollziehbar. Von der Bundesnetzagentur werden Kosten von 0,46 Cent die Kilowattstunde veranschlagt. Hochgerechnet auf einen durchschnittlichen Vier-Personen-Haushalt mit einem Verbrauch von 3500 Kilowattstunden macht das im Jahr 16 Euro.“

Richtig sei aber, dass energieintensive Unternehmen entlastet werden. Es gehe aber nicht darum, Geschenke zu verteilen, sondern Arbeitsplätze zu sichern. Die Energieintensität wird vor allem am Anteil der Stromkosten an der Bruttowertschöpfung bemessen. Liegt diese über 13 Prozent, seien gerade in globalem Wettbewerb stehende Unternehmen besonders von der schnellen Energiewende betroffen. Um die Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern, habe die Regierung hier Maßnahmen getroffen, die die Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen gewährleisten.

Auch sei richtig, dass die Unternehmen rückwirkend entlastet werden: Durch den schnellen Ausstieg aus der Kernenergie – der von der Bevölkerung mitgetragen wird – seien die Energiepreise in Deutschland gestiegen. Energieintensive Unternehmen würden daher auch – trotz der Entlastungsmaßnahmen – deutlich höhere Strompreise zahlen. Durch die rückwirkenden Entlastungen bekämen diese Unternehmen finanziell Luft, um Investitionen für Energiesparmaßnahmen zu tätigen.

Als Beispiel hierfür sei die Lenninger Papierfabrik Scheufelen genannt, die ursprünglich geschlossen werden sollte. Im Rahmen eines umfangreichen Konzepts zur Verbesserung der Energieeffizienz wechselt Scheufelen den Wärmetauscher an seiner Papiermaschine PM5 aus. Dabei wird der bisherige, einstufige Abluftwärmetauscher der Trockenhaube durch einen effektiveren, zweistufigen Wärmetauscher ersetzt. Rund 750 000 Euro fließen in diese Maßnahme.

Die Bundesregierung habe hier weder Lobbypolitik gemacht noch vorsätzlich Verbraucher geschädigt. Sie verfolge eine verantwortungsvolle Politik für den Wirtschaftsstandort Deutschland und die Sicherung der Arbeitsplätze.